



Auch nach UNFCCC-Klimaverhandlungen in Bonn kein Ausstieg aus fossilen Energien absehbar

Auch nach UNFCCC-Klimaverhandlungen in Bonn kein Ausstieg aus fossilen Energien absehbar
Zum Abschluss der Bonner UN-Verhandlungen zur Vorbereitung des Weltklimagipfels in Paris kritisierte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass der erforderliche Abschied von fossilen Energiequellen bis 2050 nicht als zentrales Element des zukünftigen Klimavertrags bestätigt worden sei. "Von dem beim G7-Gipfel beschworenen Geist der Dekarbonisierung war in Bonn nichts zu sehen. Die bisherigen Klimaschutzpläne der G7-Staaten und vieler anderer Länder reichen bei weitem nicht, um die Erderwärmung zu begrenzen. Kein einziges Land hat erkennen lassen, dass es bereit ist, seine Klimaschutzpläne nachzubessern. Das wäre die Voraussetzung, damit das Pariser Klimaschutzabkommen den notwendigen Beitrag zur Verringerung der CO2-Emissionen liefert", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Weiger kritisierte auch, dass in Bonn nicht geklärt worden sei, ob die nationalen Klimaschutzpläne überhaupt in das Paris-Abkommen aufgenommen oder nur als unverbindliche Absichtserklärungen angehängt würden. Offen sei zudem, ob das Abkommen lediglich für die Zeit nach 2020 Klimaschutzmaßnahmen enthalten werde oder auch für die Zeit davor. "Es ist dringend notwendig, dass die Staaten bereits in den nächsten fünf Jahren ihre CO2-Emissionen drastisch senken. Nur dann können die negativen Folgen des Klimawandels noch begrenzt werden", sagte der BUND-Vorsitzende. Ungeklärt geblieben sei außerdem, welchen Stellenwert in dem Paris-Abkommen die finanzielle Unterstützung für Länder einnehme, die vom Klimawandel besonders stark betroffen seien und Schäden und Verluste durch die Folgen des Klimawandels erlitten. "Es bleibt unklar, wer den vom Klimawandel hart betroffenen Ländern wieviel von den versprochenen 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellt. Die Industrieländer versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Geht es nach ihnen, sollen öffentliche Gelder nur einen kleinen Teil ausmachen, der größere soll aus der Privatwirtschaft kommen. Wir sagen: Es müssen vor allem öffentliche Gelder bereitgestellt werden. Und dies nicht unverbindlich, sondern als verbindliche Zusagen im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens", sagte Weiger. Ein Foto von der BUND-Protestaktion bei der Klimakonferenz in Bonn finden Sie unter http://www.bund.net/presse/bild_und_ton/aktionen_und_projekte/#c98338

Weitere Informationen: Die neue BUND-Online-Aktion "Europaweite Menschenkette - Klimaschutz jetzt!" finden Sie im Internet unter: www.bund.net/klimaschutz_jetzt
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.